

Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten EDA
Generalsekretariat GS-EDA
Herrn Bundesrat Ignazio Cassis
Bundeshaus West, 3003 Bern

Per E-Mail: sts.info.ae@eda.admin.ch

Basel, 13. Februar 2024

Stellungnahme zum Entwurf des Mandats für Verhandlungen mit der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zum Mandatsentwurf für Verhandlungen mit der Europäischen Union äussern zu können und nehmen nachfolgend gerne zu den für die pharmazeutische Industrie wichtigsten Eckpunkten Stellung.

Interpharma, der Verband der forschenden Pharmaindustrie in der Schweiz, vertritt die exportstärkste Branche des Landes. Rund 105 Milliarden Franken beträgt der Wert der Pharmaprodukte, die jährlich ins Ausland verkauft werden. Unsere Mitgliedsfirmen haben in der Schweiz mehr als 90 Prozent des Marktanteils an patentierten Medikamenten und investieren hierzulande jährlich über 9.5 Milliarden Franken in Forschung und Entwicklung.

Bedeutung der Beziehungen Schweiz-EU für die forschende Pharmaindustrie

Stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und der barrierefreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt sind für die Zukunft der forschenden Pharmaindustrie in der Schweiz entscheidend. Fast die Hälfte der pharmazeutischen Exporte gehen in die EU, weshalb die Unternehmen in der Schweiz stark auf die Aktualisierung des MRA und einen möglichst ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt angewiesen sind. Darüber hinaus sind der freie Personenverkehr und die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, insbesondere die Assoziierung zu Horizon Europe, für die Branche von zentraler Bedeutung.

Interpharma unterstützt den vorliegenden Entwurf des Mandats für Verhandlungen mit der Europäischen Union insbesondere, weil dieser Planungs- und Rechtssicherheit für den Forschungs- und Produktionsstandort Schweiz bringt. Auch die Bevölkerung sieht klare Vorteile einer Weiterentwicklung des bilateralen Wegs: Über 70% der Stimmberechtigten befürworten die Inhalte des Pakets der Bilateralen III. Dies zeigt eine repräsentative [Umfrage](#) von gfs.bern, die von Interpharma und weiteren Wirtschaftsverbänden in Auftrag gegeben wurde.

Zu einzelnen Aspekten des Entwurfs der Verhandlungsleitlinien nehmen wir entlang des Bundesratsbeschlusses vom 15. Dezember 2023 wie folgt im Detail Stellung:

a. Strom

Die Pharmaindustrie ist insbesondere aufgrund der komplexen biotechnologischen Prozesse in der Forschung und Produktion auf eine stabile Energieversorgung angewiesen. Eine Verbesserung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität durch ein Stromabkommen begrüsst die Industrie.

c. Gesundheit

Interpharma unterstützt ein Kooperationsabkommen im Gesundheitsbereich zwischen der Schweiz und der EU. Wir begrüssen, dass der Bundesrat vom Ausbau eines weitergehenden Abkommens abgerückt ist. Der vorgeschlagene Geltungsbereich des Gesundheitsabkommens mit Fokus auf die Gesundheitssicherheit ist angemessen und sinnvoll, insbesondere in Anbetracht der Erfahrungen aus der Pandemie. Ein Zugang zum europäischen Gesundheitsdatenraum ist zudem zu prüfen, sobald dieser endgültig verabschiedet ist. In der Umsetzung des Gesundheitsabkommens ist darauf zu achten, den Geltungsrahmen des Kooperationsabkommens, in welchem die dynamische Rechtsübernahme greifen soll, klar abzustecken. Zudem sehen wir in einer zukünftigen Weiterentwicklung des Abkommens im Sinne der Patientenmobilität erhebliche Risiken, insbesondere im Hinblick auf die Qualitätsaufsicht und -sicherstellung von Medikamenten und Behandlungen. Gleichzeitig wäre der Nutzen im Sinne von Behandlungen und dem Einlösen von Verschreibungen im Ausland für Patienten sehr begrenzt. Das belegen Statistiken zur Patientenmobilität aus der EU.

d. EU-Programme

Nur dank der internationalen Vernetzung des Schweizer Forschungsplatzes ist die Schweiz heute eines der innovativsten Länder der Welt. Die kurzfristigen Auswirkungen der Nichtassoziiierung an das europäische Forschungsprogramm konnte mit der Übergangsfinanzierung zwar teilweise gemildert werden. Langfristig verliert der Forschungsstandort Schweiz aber an Attraktivität, wenn die vollständige Assoziierung an Horizon nicht langfristig gesichert ist.

Interpharma begrüsst, dass die Schweiz im Rahmen der Verhandlungen zeitnah wieder an den Forschungsprogrammen teilnehmen kann. Die langfristige Sicherung dieser Teilnahme ist aber nur mit dem Abschluss der Bilateralen III gewährt.

f. Institutionelle Elemente

Die institutionellen Elemente des Paketansatzes stellen sicher, dass die dynamische Rechtsübernahme nur im Hinblick auf die Binnenmarktabkommen erfolgt. In Verbindung mit einem klaren Streitschlichtungsmechanismus, bei dem die Rolle des Schiedsgerichts aufgewertet wird, ist die dynamische Rechtsübernahme eine wichtige Grundlage für die Rechtssicherheit des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz.

Gemäss einer von den Wirtschaftsverbänden in Auftrag gegebenen Studie von gfs.bern ([Link](#)) stossen die Möglichkeit zur dynamischen Rechtsübernahme und die Schaffung eines Streitschlichtungsmechanismus mit einem paritätischen Schiedsgericht und Auslegung von EU-Recht durch den EuGH auf sehr klare Zustimmung (79% bzw. 65%).

g. Personenfreizügigkeit im Allgemeinen

Der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften ist in der Pharmaindustrie besonders ausgeprägt. Ohne diese Fachkräfte, würde in der Pharmabranche weniger geforscht und

produziert werden, denn der nationale Arbeitsmarkt- trotz laufenden Bemühungen ihn zu stärken - zu klein, um die hohe Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften zu decken. Auf Basis des Entwurfs des Verhandlungsmandats kann die Personenfreizügigkeit und somit der Zugang zu dringend benötigten qualifizierten Arbeitskräften aus der EU langfristig gesichert werden.

i. PFZ – Lohnschutz

Interpharma unterstützt die Sicherung des heutigen Niveaus des Lohnschutzes. Für unnötige Einschränkungen wie nationale Mindestlöhne und erleichterte Allgemeinverbindlicherklärungen für GAV bieten wir hingegen keine Hand. Sie würden den flexiblen Arbeitsmarkt einschränken und den Wohlstand der Schweiz gefährden.

MRA

Das MRA zwischen der Schweiz und der EU baut technische Handelshemmnisse ab und ermöglicht damit den barrierefreien Handel mit der EU. Wird das MRA nicht mehr aufdatiert, drohen dem Pharmastandort Schweiz doppelte Inspektionen der Forschungs- und Produktionsanlagen sowie eine erneute Chargenzertifizierung in der EU. Wie Berechnungen zeigen, wird der Wegfall des MRAs mit der EU jährlich mehr als eine halbe Milliarde Schweizer Franken kosten. Neue technische Handelshemmnisse werden auch zu einer Verschlechterung des Zugangs zu lebensrettenden Medikamenten für Schweizer Patienten und Patientinnen führen.

Durch die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU wird es möglich sein, das MRA aufzudatieren, was für die Exporte der Industrie und die Versorgungssicherheit von grosser Wichtigkeit ist.

Zusammenarbeit wird die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsstandortes stärken

Wie wichtig die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind, wird angesichts der Erosion und Bedrohung der liberalen Weltordnung deutlich. In diesem Kontext, der zunehmend von Multipolarität und Blockbildung geprägt ist, gibt die Sicherstellung stabiler Beziehungen zum Nachbarn und grössten Exportpartner ein starkes Signal für die Wirtschaft in der Schweiz und Europa. Die Schweiz ist für die EU eine wichtige Partnerin mit einer einzigartigen geografischen Lage und einer starken, von der Pharmaindustrie angetriebenen Wirtschaft. Die EU importiert ein Drittel der medizinischen und pharmazeutischen Produkte aus der Schweiz. In den letzten 20 Jahren weist die Schweiz gegenüber der EU einen deutlichen Handelsüberschuss im Bereich der medizinischen und pharmazeutischen Produkte aus ([Link](#)). Die Zusammenarbeit ist ein Element, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in den Bereichen Wirtschaft, Forschung und Produktion sowie Versorgungssicherheit zu stärken.

Wir bedanken uns nochmals, sehr geehrter Herr Bundesrat, für Ihren Einsatz für die Sicherung des bilateralen Weges.

Freundliche Grüsse



Dr. René P. Buholzer
Geschäftsführer und
Delegierter des Vorstandes



Yves Weidmann
Leiter Governmental Affairs und
Mitglied der Geschäftsleitung